

## Presseinformation

Nr. 19/2011

Berlin/ Worms, 23.09.2011

### Freie Wahl im Gesundheitswesen – Realität oder Wunschenken?

Deutschland braucht ein regionalisiertes, personalisiertes und zukunftsorientiertes Gesundheitswesen. Mit dieser Forderung hatte die Bürgerinitiative Gesundheit DGVP gestern zur Informations- und Diskussionsveranstaltung „Freie Wahl im Gesundheitswesen“ eingeladen. Ansatz der Veranstaltung war, dass sich etwas ändern muss im Gesundheitswesen, da dieses sonst droht zu kollabieren.

In seiner auflockernden Einleitung machte der Schweizer Motivationstrainer Beat Krippendorf dem Publikum klar, dass Wandel zuallererst an einem selbst ansetzen muss: nur wer bereit ist, sich zu ändern, ist überhaupt dazu fähig.

Präsident der Bürgerinitiative Gesundheit, Wolfram-Arnim Candidus legte die These dar, dass der Bürger aufgrund der herrschenden Strukturen und Zwänge im Gesundheitswesen nicht wirklich eine freie Wahl hat und forderte dies. Grundvoraussetzungen hierfür seien ein offener Dialog und ein System mit ganzheitlichem Ansatz, das den Patienten tatsächlich in den Mittelpunkt stellt. Ebenso notwendig ist aber der aufgeklärte Bürger, der Informationen einfordert, durchdenkt und sich eine Meinung bildet, um die freie Wahl im Gesundheitswesen zu fordern und deren Freiräume effektiv nutzen kann.

Staatssekretärin a.D. Gudrun Schaich-Walch verteidigte ebenso wie der Vorstandsreferent der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen, Dr. Harald Herholz, die Errungenschaften des deutschen Krankenversicherungssystems. Frau Schaich-Walch warnte vor Rosinen-Pickerei und betonte das Solidaritätsprinzip, das es zu erhalten gelte. Dr. Herholz legte die umfangreichen Freiheiten für Patienten und Akteure im System dar und warnte davor, die gleichen Zugangschancen im deutschen System als Selbstverständlichkeit anzusehen.

Dennoch bestätigten alle Redner, dass es natürlich auch Schwächen im System gibt und die Finanzierbarkeit das größte Problem darstellt.

Rechtsanwalt Hans-Joachim Schade führte aus, dass der Hausarzt in wenigen Jahren im Prinzip vom Aussterben bedroht sei und schlug Möglichkeiten der Kooperation unter Nutzung von Telemedizin vor, um auch schlecht versorgte Gebiete in Deutschland weiterhin versorgen zu können. Er betonte auch,

1/1

dass viele Akteure die Probleme erkennen, aber dass es zu gemeinsamen Handlungen kommen müsse. Unverzichtbar müsste hier auch der Bürger eingebunden und informiert werden, da ansonsten gute und mögliche Neuerungen am Widerstand und der Angst der Bevölkerung scheitern. Hierbei bräuchte man auch die Unterstützung der Medien, um komplexe Sachverhalte zu vermitteln.

Die kontrovers geführte Podiumsdiskussion konstatierte, dass es Änderungen zum Wohl des Gesundheitswesens geben müsse – diese müssten aber auch realistisch mit den Gegebenheiten umgehen.

Nach Aussage von Candidus fühlten sich viele Bürger in ihrer freien Wahl beschnitten, bedingt durch Rabattverträge, die Eintragung in Hausarzt- oder Disease Management Programme oder die Tatsache, dass sie gegen Quartalsende nicht mehr das gewünschte Rezept ausgestellt bekämen bzw. Wartezeiten erduldeten, weil das Budget des Hausarztes aufgebraucht sei. Sie seien sich aber ihrer vorhandenen Freiheiten und der Konsequenzen, die ihr Handeln und ihre Entscheidungen für ihre gesundheitliche Versorgung und ihr Wohlbefinden hätten, vielleicht auch nicht ausreichend bewusst. Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig, dass Prävention ein wichtiger Aspekt des Gesundheitswesens sei und dieser auch stärker unterstützt und den Bürgern Deutschlands bewusster gemacht werden müsste.

Pressestelle Bürgerinitiative Gesundheit DGVP e.V.

Tel: 06247-904 499 7

Fax: 06247-904 499 9

[presse@dgvp.de](mailto:presse@dgvp.de)

[www.dgvp.de](http://www.dgvp.de)

*freigegeben zur Veröffentlichung*